

**Stadt Bergisch Gladbach**

**Der Bürgermeister**

Datum

**21.04.2015**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Zentraler Dienst 5-10**

Schriftführung

Hans-Jörg Fedder

Telefon-Nr.

**02202-142865**

## **Niederschrift**

**Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung  
Sitzung am Mittwoch, 14.01.2015**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:25 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Beiratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtmäßigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung über die Sitzung des Inklusionsbeirates - Beirat für Menschen mit Behinderung - am 12.11.2014**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Inklusionsbeirates - Beirat für Menschen mit Behinderung - am 12.11.2014**
- 4 Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 5**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 6**      **Flyer für den Beirat**  
*0571/2014*
  
- 7**      **Öffentlicher Personennahverkehr: Wünsche und Anforderung an die barrierefreie  
Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Bussen und Bahnen**  
*0572/2014*
  
- 8**      **Umsetzung des Aktionsplanes im Jahr 2014 und Planung für das Jahr 2015**  
*0573/2014*
  
- 9**      **Rücknahme einer Bestellung und Neubestellung eines Beiratsmitglieds in den Aus-  
schuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW**  
*0570/2014*
  
- 10**     **Anträge der Mitglieder**
  
- 11**     **Anfragen**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Beiratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtmäßigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Beiratsvorsitzende Herr Klein eröffnet die 6. Sitzung des Inklusionsbeirates – Beirat für Menschen mit Behinderung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Beirates fest.

Herr Klein begrüßt besonders Herrn Haase vom Rheinisch-Bergischen Kreis und Herrn Schmitz, den Referenten Herrn Schmicklers. Weiterhin begrüßt er zwei Auszubildende der Stadt, Frau Schnitzler und Frau Kramarczyk, die den Zuschauern später Mikrofone anreichen. Er wünscht den Anwesenden alles Gute für 2015.

Herr Klein erinnert an den Rücktritt Herrn Böcker's während der letzten Sitzung. Dessen Vertreter Herr Heinen habe auf Anfrage erklärt, aus beruflichen Gründen ebenfalls aus dem Beirat auszuscheiden. Mit der „Kette“ würde wegen Ersatz Kontakt aufgenommen.

Die Anwesenden ergeben sich aus der Teilnehmerliste, *Anlage 1*.

#### 2. Genehmigung über die Sitzung des Inklusionsbeirates - Beirat für Menschen mit Behinderung - am 12.11.2014

Herr Klein weist darauf hin, dass die Niederschrift wegen einer Reha-Maßnahme des Schriftführers nicht vorlag. Die Genehmigung der Niederschrift erfolgt während der nächsten Sitzung.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Inklusionsbeirates - Beirat für Menschen mit Behinderung - am 12.11.2014

Es ist kein Bericht erforderlich, da während der letzten Sitzung keine Beschlüsse gefasst wurden.

#### 4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Klein erklärt zum neuen Logo, die b.i.b. habe neue Entwürfe erstellt. Drei oder vier Entwürfe wurden in die engere Wahl gezogen. Die Studenten der b.i.b. wurden um kleinere Veränderungen gebeten. Wahrscheinlich würden in den nächsten Wochen drei Entwürfe begutachtet und dem Beirat vorgestellt werden.

Über die Stadtteilbegehung wird unter TOP Ö 8 berichtet.

Er bedankt sich herzlich bei denen, die den Sozialstand auf dem Weihnachtsmarkt unterstützten. Es wurde ein erklecklicher Betrag eingenommen. Wer diese Einnahmen erhalte, werde gleich festgelegt. Das Adventsfenster sei ebenfalls gut angekommen. Auch für dessen Durchführung bedankt sich Herr Klein herzlich.

## **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

## **6. Flyer für den Beirat** *0571/2014*

Hierzu verweist Herr Klein auf die Tischvorlage, *Anlage 2*. Der geschäftsführende Vorstand habe sich mit der Frage befasst, ob es zu diesem Flyer eine Alternative in Gestalt einer kleinen Broschüre geben könne.

Herr Holst stellt den Entwurf des Flyers vor. Ein Flyer biete nur wenig Platz, sei aber kostengünstiger als eine Broschüre. Wichtig auch im Sinne der Barrierefreiheit seien die besseren Gestaltungsmöglichkeiten bei einer Broschüre. Es sei auch möglich, einen Flyer in DIN A 5-Größe herzustellen. In dieser Größe sei er nicht viel teurer, biete aber ebenfalls bessere Gestaltungsmöglichkeiten.

Herr Klein findet ein kleineres Format besser, weil es besser zu verstauen sei.

Herr Eßer findet den Flyer nicht schlecht. Viele wichtige Dinge seien aber zu klein.

Frau Allelein ist dafür, einen Flyer und ein Heft, wie es bereits vor einigen Jahren gab, herauszugeben. Beides solle in leichter Sprache erscheinen; mit dem Blindenverein würde eine Ausgabe in Blindenschrift besprochen.

Herrn W. Schmidt gefällt der Flyer gut; er würde seinen Zweck erfüllen. Interessierten stehe weiteres Material zur Verfügung.

Frau Schweizer lobt das hohe Niveau des Flyers. Ihr einziger Verbesserungsvorschlag betrifft den Ausdruck „größerer Komfort“ im Zusammenhang mit dem Abbau von Barrieren.

Herr Odenthal erklärt, die bereits bestehende Broschüre müsse überarbeitet werden. Er ist dafür, Flyer und Broschüre in unterschiedlich großen Auflagen herzustellen. Er bemängelt, dass das Symbol „Inklusion – Vielfalt in Bergisch Gladbach“ zu klein sei. Herr Klein, weist darauf hin, dass dieses Logo durch ein neues ersetzt wird. Hinsichtlich der Anordnung wird der Stadtgrafiker eingebunden. Mit der Abkürzung UN-BRK könne nicht jeder etwas anfangen. Auch über den Hinweis auf § 4 BGG müsse noch nachgedacht werden. Er gebe aber Frau Schweizer dahingehend recht, dass der Flyer alles wesentliche enthalte.

Herr Adolphs hält den Sinn des Flyers mit dem vorgeschlagenen zu umfangreichen Text nicht für erfüllt. Der Flyer müsse z. B. auf eine Broschüre hinweisen.

Herrn Herres ist wie Herrn Adolphs der Flyer zu textlastig. Er regt einen Text mehr in Stichpunkten an. Bild und Logo sollen größer dargestellt werden. Rechtliche Verweise in einem Flyer seien falsch.

Herr Köchling sieht das Ziel der Inklusion im Zusammensein von Menschen mit und ohne Behinderung. Der Flyer sei aber zu „behindertenlastig“.

Herr Klein fasst die bisherigen Ausführungen dahingehend zusammen, dass eine Mehrheit für einen Flyer und eine Broschüre sei. Finanziell dürfte das kein Problem sein. Der Flyer solle stellenweise gestrafft werden. Der Gedanke der Vielfalt solle stärker herausgearbeitet werden.

Herr Thien, Frau Allelein und Frau Schweizer diskutieren den Begriff „Inklusion“. Frau Allelein übersetzt den Begriff „Inklusion“ mit: „Wir sind alle gleich.“ Zutreffend ist der Flyer behindertentlastig, weil er nur Interessen von Menschen mit Behinderung darstellt. Der Inklusionsbeirat habe genau dieses Ziel. Der Begriff der Inklusion solle in den Flyer aufgenommen werden.

Herr Klein begrüßt die Ausführungen Frau Alleleins und verweist auf die erneute Beratung in der kommenden Sitzung. Parallel dazu solle die Broschüre überarbeitet werden.

Aus dem Publikum wird vorgeschlagen, den Begriff UN-BRK einmal auszuschreiben sowie den Flyer mit einem QR-Code zu versehen.

7. **Öffentlicher Personennahverkehr: Wünsche und Anforderung an die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Bussen und Bahnen**  
0572/2014

Herr Klein erinnert an gesetzliche Änderungen in dieser Sache im Jahr 2013 sowie eine Neufassung der Regelungen zur Barrierefreiheit. Bis 2022 sei eine völlige Barrierefreiheit zu erreichen. Er begrüßt Herrn Haase, der zu den gesetzlichen Bestimmungen, und Herrn Schmitz, der zu den Auswirkungen auf städtischer Seite vorträgt. Zum Thema E-Scooter sind die *Anlagen 3 – 6* beigelegt.

Herr Klein spricht die Einbindung des Inklusionsbeirates in die erwähnten Maßnahmepläne an. Herr Haase sagt eine Einbeziehung zu, wenn im Nahverkehrsplan die entsprechenden Festlegungen getroffen werden. Festsetzungen des Nahverkehrsplanes würden aber keine Bindungswirkungen entfalten. Sinnvoll sei ein gemeinsamer Handlungsleitfaden mit dem Straßenbaulastträger.

Frau Allelein weist darauf hin, dass sie Anträge auf Fördermittel für den Ausbau von Bushaltestellen prüft und genehmigt, was Voraussetzung für die Ausschüttung der Fördermittel sei. Für jede einzelne Haltestelle müsse versucht werden, die Barrierefreiheit bestmöglich umzusetzen. Dies sei u. a. vom Platz, vom zu berücksichtigenden Verkehr und von der jeweiligen Straße abhängig.

Herr W. Schmidt schlägt vor, dass sich Scooter-Fahrer mit den Betreibern bzw. den Herstellern der Busse in Verbindung setzen. Viele Probleme würden dadurch gelöst, Busse mit ausfahrbaren Platten auszurüsten, über die in die Busse gefahren werden könne. Er kritisiert, dass viele Fahrer zu faul seien, die entsprechenden Einrichtungen auszufahren.

Herr Klein bestätigt den Wert gemeinsamer Lösungen. Hinsichtlich der E-Scooter habe die Kommunikation zwischen den Verkehrsunternehmen und den Herstellern / Betreibern der Geräte nicht funktioniert. Es sei wichtig, dass beide Seiten aufeinander zugehen.

Herrn Eßer fehlen in der Studien-Vorlage die Aussagen von Fachleuten. Fachleute seien für ihn die Nutzer von Rollstühlen und E-Scootern. Auch schreibe kein Hersteller vor, den E-Scooter in Fahrtrichtung zu transportieren. Jeder Rollstuhlhersteller gebe dies vor. Werde der E-Scooter in Längsrichtung aufgestellt und abgesichert, sei die Mitnahme gefahrlos. Die Studie entspreche nicht der Realität.

Herr Haase erinnert daran, dass die Problematik der E-Scooter in einem Konflikt zwischen dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und Verbänden aufkam. Am 09.01. trat ein Verband an die Landesregierung heran, um diese Frage einer Lösung näherzubringen. Der jeweilige Betriebsleiter des Verkehrsunternehmens muss für die Sicherheit im Bus geradestehen.

Herr Thien kritisiert ebenfalls die fehlende Kommunikation zwischen den Beteiligten. Ein Scooter könne durchaus in einem Bus fixiert werden, ohne dass Gefahren entstehen, die eventuell haftungsrechtliche Gründe für Busunternehmen oder Fahrer entstehen lassen. Er sehe durchaus Möglichkeiten, zu einem vernünftigen Kompromiss zu kommen.

Auf Anfrage Herrn Adolphs erklärt Herr Schmitz, er schätze die Zahl barrierefreier Haltestellen in Bergisch Gladbach auf 40 %. Auf Nachfrage erklärt Herr Schmitz, die Kosten trage der Straßenbau-  
lastträger (innerhalb der Ortsdurchfahrt die Kommune). Hinsichtlich der Aufstellung und Vermark-  
tung der Werbeflächen sei letztes Jahr ein Vertrag zwischen der Stadt und einer Firma abgeschlos-  
sen worden.

Herr W. Schmidt verweist darauf, dass Scooter-Fahrer zwar noch gehen können, aber nicht mehr  
sehr beweglich sind. Kein Scooter-Fahrer steige an einer Haltestelle von seinem Scooter in ein an-  
deres Verkehrsmittel um. Er spricht sich dafür aus, an den Busbahnhöfen Ladestationen einzurich-  
ten. Er hält die Scooter aufgrund ihres Gewichts (einschließlich Insasse) für sicher; ein Umkippen  
sei ausgeschlossen.

Frau Allelein begrüßt diesen Vorschlag. Sie stimmt dem Hinweis zu, dass ein Scooter sperriger sei  
als ein Rollstuhl. Die Verkehrsbetriebe seien nach ihrer Auffassung von der Zahl der Scooter über-  
rascht worden. Außerdem könne wohl nicht jeder so gut mit einem Scooter umgehen wie Herr Eßer.  
Sie könne die Verkehrsbetriebe verstehen und rechnet infolge der Resolution mit weiteren Ergeb-  
nissen. Die Kommunen gehen unterschiedlich mit der Mitnahme von Scootern in Verkehrsunter-  
nehmen um.

Herr Odenthal verweist auf Probleme mit der Einhaltung der Fahrpläne durch die Mitnahme von E-  
Scootern.

Herr Thien spricht sich für Kontakte zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und Kommunen aus,  
die anders mit Scooter-Fahrern umgehen. Bergisch Gladbach solle die Gründe für eine andere Vor-  
gehensweise in Erfahrung bringen.

Herr Holst verweist auf vertragliche Regelungen über die Beförderungspflicht und Verantwortlich-  
keiten in Zusammenhang damit. Falle eine Beförderung unter diese vertragliche n Regelungen,  
müsse sich das Verkehrsunternehmen Gedanken über eine (Ersatz)Beförderung machen.

Herr H. Schmidt geht auf den unterschiedlichen Standard der Busse ein. Auch unter neu angeschaff-  
ten Bussen gibt es solche, die für den Transport von E-Scootern und auch für Sehbehinderte nicht  
geeignet sind. Er frage sich, warum solche Busse überhaupt angeschafft werden bzw. warum sie auf  
für sie ungeeigneten Strecken eingesetzt werden.

Auf Anfrage Herrn Kleins verweist Herr Haase darauf, dass die angesprochene Firma Pütz ein Sub-  
unternehmer der Kraftverkehr Wupper-Sieg (KWS) sei. Die KWS sei mit der Erbringung des  
ÖPNV mit Bussen beauftragt, die bestimmte Qualitäten erfüllen müssen. Dazu gehören zwei Roll-  
stuhlplätze an den Platten für den Rollstuhl. Er werde sich bei der KWS erkundigen, um welche  
Busse der Firma Pütz es sich handelt. Auch diese Busse müssten die Voraussetzungen erfüllen.

Auf Anfrage Frau Alleleins erklärt Herr Haase, die Ausstattung der Bussen im Auftrag des Kreises  
wurde festgeschrieben und wird bei Neubeschaffungen umgesetzt. Die Merkmale zur Barrierefrei-  
heit an Bussen gelten auch für Busse der Subunternehmer. Dies sei aber unabhängig vom Termin  
2022. Auf Nachfrage Herrn Kleins erklärt Herr Haase, für den Fuhrpark wurde ein Durchschnittsal-  
ter angegeben. Für ihn interessanter sei der Hinweis, dass neu beschaffte Busse möglicherweise die  
vorgegebenen Voraussetzungen nicht erfüllen.

Auf Anfrage Herrn Wenzels erläutert Herr Schmitz nochmals die Fördermöglichkeiten beim Um-  
bau von Haltestellen. Die Förderhöhe betrage bis zu 90 %. Es bleibe also immer ein Eigenanteil bei  
der Stadt. Die Fördermöglichkeiten bis 2019 seien so gut wie ausgeschöpft.

Herr Odenthal hält die Busbahnhöfe Bensberg und Bergisch Gladbach für Sehbehinderte für sehr unübersichtlich. Für einen Blinden sei es fast unmöglich festzustellen, an welchem Haltepunkt er sich gerade befinde. Für wenig Geld könne an jedem Schutzhäuschen der Busbahnhöfe eine Metalltafel angebracht werden, auf der in Brailleschrift und taktile die Bussteignummer und die dort abfahrenden Linien angegeben werden. Herr Schmickler habe bereits Bereitschaft signalisiert, diesen Vorschlag umzusetzen. Herr Klein bittet Herrn Odenthal um einen Antrag zur nächsten Sitzung, wenn die Metalltafeln nicht kurzfristig angebracht werden. Herr Schmitz berichtet über Verbesserungsvorschläge für den Busbahnhof Bergisch Gladbach aus dem letzten Jahr, in die diese Idee noch aufgenommen werden könne.

Herr Klein bedankt sich bei den Herren Haase und Schmitz für Ausführungen.

## **8. Umsetzung des Aktionsplanes im Jahr 2014 und Planung für das Jahr 2015** *0573/2014*

Herr Klein und Frau Allelein erläutern die Vorlage. Frau Allelein weist darauf hin, dass sich der Vorstand auf die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Konzeptes „Öffentlichkeitsarbeit“ geeinigt habe. Die Arbeitsgruppe tagt am Montag, dem 09.02., um 17.30 Uhr im Progymnasium. Interesse an einer Mitarbeit bekunden Herr W. Schmidt und Frau Sandner. Es bestehe auch die Möglichkeit, Herrn Klein, Herrn Thien und ihr selbst Ideen zuzuleiten.

Auf ihre Anfrage nach einer Beteiligung an verschiedenen Veranstaltungen sagt die Lebenshilfe ihre Beteiligung am Kultur- und Stadtfest und am Weltkindertag zu. Frau Allelein berichtet, der Weltkindertag sei 2014 sehr gefragt gewesen. Frau Breuer-Piske und Frau Drabner konnten gestellte Fragen gut beantworten.

Für die Bergischen Bautage ist Herr Thien Ansprechpartner. Kurz vorher wird ein Arbeitskreis gebildet.

Das Adventfenster musste auf den 04.12. verlegt werden.

Das Filmfestival findet im November unter dem Thema „Inklusion“ statt.

Herr Klein verlässt die Sitzung um 18.55 Uhr; Herr Thien übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Weber und Herr W. Schmidt sind bereit, den Sozialstand – in anderer Form – zu betreuen.

Auf Anfrage Herrn Adolphs erklärt Frau Allelein, ein Fußballturnier für Menschen mit Behinderung in der IGP sei ihr nicht bekannt. Sie werde Herrn Dekker deswegen ansprechen.

Frau Bundschuh vermisst Handzettel, die vor Karneval verteilt werden müssten. Sie verweist auf die jährliche Absperrung auf dem Konrad-Adenauer Platz für Menschen mit Behinderung. Frau Allelein erklärt, die Absperrung sei schon geregelt.

Herr W. Schmidt schlägt Veranstaltungen mit Stehtischen vor. Frau Allelein erklärt, solche Vorschläge fielen in den Bereich „Erstellen eines Konzeptes Öffentlichkeitsarbeit“.

Frau Kowalewski-Brüwer berichtet über die Stadtteilbegehung (*s. hierzu Anlage 7*). Frau Allelein erläutert ergänzend die aufgenommenen Fotos und ein Glücksrad, das mit den Fotos betrieben wurde. Frau Kowalewski-Brüwer spricht sich für Schulungsveranstaltungen für die Begeher und Begeherinnen aus. Auch Begleitpersonen würden gebraucht.

Der Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Der ASWDG stimmt der Umsetzung der in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen zu.

9. **Rücknahme einer Bestellung und Neubestellung eines Beiratsmitglieds in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW 0570/2014**

Herr Thien erläutert die Vorlage und erklärt, Herr Herres dürfe einem Ratsausschuss Bergisch Gladbachs nicht angehören, da er nicht in Bergisch Gladbach wohne. Auf Anfrage Herrn Thiens ist keiner der noch Anwesenden bereit, sich als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW (AAB) entsenden zu lassen. Dieser Tagesordnungspunkt wird in der Sitzung des Inklusionsbeirates – Beirat für Menschen mit Behinderung am 22.04.2015 erneut behandelt.

10. **Anträge der Mitglieder**

Es werden keine Anträge gestellt.

11. **Anfragen**

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Thien bedankt sich für die rege Beteiligung und schließt die Beiratssitzung um 19.25 Uhr.

---

Gez. Klein  
Vorsitzender

---

Gez. Schriftführung

---

Gez. Thien  
stellvertr. Vorsitzender